

ANTRAG

der Fraktion der FDP

Geopolitik im Kontext der Zeitenwende – Die wichtige Arbeit der Jugendoffizierinnen und Jugendoffiziere in Schulen, Hochschulen und Volkshochschulen ausbauen

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest, dass

1. die politische Bildung in den Bereichen der internationalen Politik und Sicherheitspolitik im Zuge des russischen Angriffs auf den Nachbarstaat Ukraine und des aktuellen bewaffneten Konfliktes zwischen der Hamas, ihrer Unterstützer sowie anderer Terrororganisationen und Israel enorm an Relevanz gewonnen hat.
2. die wertvolle Arbeit der Jugendoffizierinnen und Jugendoffiziere der Bundeswehr in ihrer Aufgabe, eine fundierte politische Bildung zu fördern und das Verständnis für Deutschlands Rolle in der Welt zu vertiefen, zu unterstützen ist.
3. eine demokratisch legitimierte Institution, wie die Bundeswehr, nicht aus dem öffentlichen Raum verbannt werden darf. Daher lehnt der Landtag eine „Ausladung“ der Jugendoffizierinnen und Jugendoffiziere der Bundeswehr bei öffentlichen Einrichtungen oder Veranstaltungen ab.
4. Jugendoffizierinnen und Jugendoffiziere der Bundeswehr erfahrene Referentinnen und Referenten sind, die landesweit in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen die komplexen Herausforderungen einer bündnisorientierten Sicherheitspolitik anschaulich erläutern können.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. die wertvolle Arbeit der Jugendoffizierinnen und Jugendoffiziere anzuerkennen und ihre Zusammenarbeit mit Schulen in Mecklenburg-Vorpommern zu intensivieren.
2. die bestehende Kooperationsvereinbarung zwischen dem damaligen Bildungsministerium und dem Landeskommmando aus dem Jahre 2010 zu aktualisieren.
3. im Zuge der Aktualisierung der Kooperationsvereinbarung ein Konzept zu erarbeiten, wie die Zusammenarbeit der Jugendoffizierinnen und Jugendoffiziere mit weiteren staatlichen Bildungseinrichtungen, wie Hochschulen und Volkshochschulen, auf- und ausgebaut werden kann.

4. die Zusammenarbeit mit Jugendoffizierinnen und Jugendoffizieren in die Referendar-
ausbildung der Lehrkräfte für Sozialkunde und Geschichte und in die Fortbildungen für
Lehrkräfte miteinzubeziehen.
5. innerhalb von sechs Monaten nach Beschlussfassung den Bildungsausschuss über den
Sachstand zu den vorgenannten Punkten zu unterrichten.

René Domke und Fraktion

Begründung:

Die Aufgabe der Schule ist es, Kinder und Jugendliche auf das Leben vorzubereiten. Dazu gehört auch die Auseinandersetzung mit schwierigen Themen, wie Krieg, Flucht und Vertreibung. Die Jugendoffizierinnen und Jugendoffiziere der Bundeswehr können dank ihrer Erfahrung und Ausbildung die Fragen der Schülerinnen und Schüler der Jahrgänge 9 bis 13 professionell beantworten und ihnen authentisch begegnen. Sie tragen aktiv zur politischen Bildung bei, indem sie aktuelle (welt-)politische Ereignisse analysieren und die Bedeutung von internationalen Organisationen, wie der EU, der NATO, den Vereinten Nationen und der OSZE, für Deutschland verständlich vermitteln. Vor dem Hintergrund der aktuellen geopolitischen Herausforderungen wird deutlich, wie wichtig es ist, Jugendliche in den Schulen umfassend über die globalen Zusammenhänge zu informieren und ihnen die Möglichkeit zu bieten, sich aktiv mit Fragen der nationalen und internationalen Sicherheitspolitik auseinanderzusetzen. Den Jugendoffizierinnen und Jugendoffizieren soll daher verstärkt die Möglichkeit gegeben werden, den Schulen ihre wertvolle Arbeit anzubieten und ihre Zusammenarbeit mit weiteren staatlichen Bildungseinrichtungen, wie Hochschulen und Volkshochschulen, in Mecklenburg-Vorpommern auf- und auszubauen.